

Tagesbericht

6. Oktober 1953

Informationsdienst Nr. 1086 zur Beurteilung der Situation

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 202–215 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst.

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Mehrere vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

[Faksimile des Deckblatts]

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

a) Industrie und Verkehr

Lediglich im Bezirk Leipzig sind die Diskussionen über die neue Note der SU¹ durch die Initiative der Parteiorganisationen umfangreicher geworden. Nahezu 90 % der Arbeiter begrüßen den Inhalt der Note, der Rest verhält sich reserviert. In den übrigen Bezirken sind diese Diskussionen nach wie vor Einzelercheinungen. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt werden diese politischen Diskussionen von durchweg negativen Gesprächen über die Stromabschaltungen, die in den letzten Tagen zugenommen haben, stark in den Hintergrund gedrängt. Im Bezirk Magdeburg beschäftigen sich wohl Parteiorganisationen mit der Note, sie verstehen es aber ungenügend, die Diskussion unter den parteilosen Arbeitern zu entfachen.

Ein ernstes Zeichen ist die gedrückte Stimmung in Suhler Betrieben. So berichtet ein Propagandist, dass die meisten Arbeiter, ja selbst Genossen, überhaupt nichts mehr sagen, weil sie durch die Entlassung von Provokateuren eingeschüchtert worden seien. Das werde sich auch im Parteilehrjahr auswirken, wo man kaum mit offenen und ehrlichen Diskussionen rechnen könne. Allerdings ist sehr stark anzunehmen, dass hier der RIAS, der die Arbeiter ständig auffordert, nicht zu diskutieren und damit die Partei zu boykottieren, fruchtbaren Boden gefunden hat.

Über die Durchführung des neuen Kurses werden nach wie vor verbreitet Stimmen laut, die es vorziehen abzuwarten, wie sich der neue Kurs auswirkt, anstatt an seiner Verwirklichung aktiv mitzuarbeiten. Die Meinung sehr vieler Arbeiter in den Braunkohlengruben »Glückauf« und »Jonny Scheer« im Bezirk Cottbus ist auf folgenden Nenner zu bringen: »Wenn die Regierung das Preisniveau, wie es zur Zeit in Westdeutschland besteht, auch bei uns verwirklicht, dann stehen wir hinter ihr. Wenn das, was W. Ulbricht auf der 16. ZK-Tagung sagte, zutrifft, dass die Preise gesenkt werden und die Löhne bleiben, dann sind wir zufrieden.«²

Große Teile der Kali-Kumpel in Heiligenroda/Suhl sagen: »Der neue Kurs ist gut. Wir haben aber 1952 besser gelebt als heute. Wir glauben erst dann an den neuen Kurs, wenn es uns besser geht.« Im EMW Eisenach/Erfurt diskutieren nur etwa 25 % der Arbeiter positiv über den neuen Kurs.

Abfällige Diskussionen über die Wettbewerbe werden dort laut, wo sie durch die Gewerkschaften nicht richtig organisiert wurden. Im Thomas-Müntzer-Schacht in Sangerhausen/Halle wurde der innerbetriebliche Wettbewerb im Steigerkollektiv beschlossen, mit großem Aufwand durch Sichtwerbung bekannt gemacht, aber mit dem Kumpel wurde er nicht besprochen. Ähnlich ist es im Kranbau Eberswalde/Frankfurt und in den Buna-Werken.

Die technische Intelligenz des Gummiwerkes Elbe in Wittenberg/Halle begrüßt den Austausch von Arbeiterdelegationen mit der Sowjetunion.

Feindliche Elemente in der Wismut AG schüren immer wieder die Diskussionen über eine paritätische Gesellschaft, die mit dem Argument, ab 1.1.1954 gäbe es keine Prämien und hohe Löhne mehr, in negative Bahnen gelenkt werden.³

Wiederholt beschwerten sich Betriebe, weil sie für 1954 noch keine Plankontingente und Aufträge erhalten haben. Im Stahlbau Niesky/Dresden muss in einigen Tagen die Konstruktionsabteilung stillgelegt werden, wenn vom Ministerium für Aufbau bis dahin kein Plankontingent zugewiesen wird. Außerdem werden Anfang des Jahres 1954 Stockungen in der Produktion eintreten.

Noch häufiger sind Fälle von Planrückständen, die durch Rohstoffmangel und durch fehlende Halbfertigkeitsfabrikate, die aus anderen Betrieben kommen, verursacht werden. In den Gusseisenwerken Torgelow und Ueckermünde/Neubrandenburg kann zuweilen tagelang nicht produziert werden, weil kein Koks (Schmelzkoks) geliefert wird. Allein in einem Betrieb müssen täglich 16 000 DM Lohn gezahlt werden, wo praktisch nicht produziert wird. In der Ostdeutschen Tuchfabrik Forst/Cottbus kann der Plan nicht erfüllt werden, weil Arbeitskräfte, vor allem Facharbeiter (Weber), fehlen.

In Greizer Textilbetrieben (Bezirk Gera) erheben werktätige Frauen erneut die Forderung auf den Haushaltstag auch für alleinstehende Frauen.⁴

b) Handel und Versorgung

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt sind Mängel in der Organisation der Fleischversorgung festzustellen. So ist zum Beispiel auf dem Schlachthof im Kreis Aue eine Viehstauung eingetreten, im Kreis Flöha dagegen konnte die Fleischversorgung in der letzten Woche nur mit großen Anstrengungen gelöst werden.

Negative Diskussionen werden im Bezirk Dresden ausgelöst, da keine Einweckgläser zum Verkauf angeboten werden.

c) Landwirtschaft

Stark verbreitet sind in der Landwirtschaft Diskussionen über die durchgeführten Stromabschaltungen. So äußert sich z. B. ein werktätiger Bauer: »Von 18 bis 20 Uhr wird der Strom abgeschaltet, das ist der neue Kurs. Die Bauern müssen in dieser Zeit füttern, da gehen sie mit der Kerze in den Stall, was feuerschutzpolizeilich nicht gestattet ist.«

Ein Teil der Bauern im Bezirk Dresden stellen sich gegen die Heu- und Strohablieferung. So sagte z. B. ein Mittelbauer: »Ihr betreibt ja Sabotage. Die Lagerräume werden beansprucht und wir müssen uns wieder Heu und Stroh aus Mecklenburg schicken lassen. Wir sind gern bereit, unser Heu- und Strohsoll mit Milch, Schweine- und Rindfleisch zu decken.«

In mehreren Gemeinden des Kreises Pritzwalk/Potsdam kann das Fleischsoll nicht 100%ig erfüllt werden, da teilweise durch die Schweinepest der gesamte Schweinebestand notgeschlachtet werden musste. Die betroffenen Bauern diskutieren, dass ihnen das Fleisch der notgeschlachteten Tiere in voller Höhe auf das Soll angerechnet werden müsste.

Missgestimmt sind einige Bauern aus Wolfshagen und Schlepkow, [Bezirk] Neubrandenburg, die wegen Wasserschäden einen Teil ihrer Ernte verloren haben. Trotz Antrag auf Sollermäßigung im Juli erhielten sie noch keinen Bescheid.

Aus dem Bezirk Erfurt werden noch immer starke Diskussionen über Sollherabsetzung berichtet. Zum Teil wird von Groß- und Mittelbauern zum Ausdruck gebracht, dass die Ernte aufgrund der schlechten Düngerzuweisung schlecht und eine 100%ige Ablieferung nicht möglich sei. In Warsow⁵/Potsdam wurden Drohungen von Bauern, die wegen Nichterfüllung des Solls inhaftiert waren, gegen Funktionäre ausgesprochen. So z. B.: »Es kommt noch die Zeit, wo wir uns revanchieren können.«

Der Betriebsleiter der MTS Spezialwerkstatt in Grimmen/Rostock erklärt: »Die DHZ kann uns keine Düsen liefern, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, werden eine Anzahl Traktoren ausfallen.« In den MTS des Bezirkes Magdeburg werden laufend Beschwerden über die in letzter Zeit eingesetzten Kartoffelroder (Schatzgräber) geführt, da diese den Anforderungen nicht entsprechen und laufend wegen Reparatur ausfallen. Aus Potsdam wird berichtet, dass die MTS durch die vielen Maschinenschäden den abgeschlossenen Verträgen nicht nachkommen kann, was Unzufriedenheit unter den LPG und Kleinbauern hervorruft. Trotz dieser Situation verlässt sich die LPG in Luckenwalde auf die MTS, obwohl sie selbst Maschinen zur Bearbeitung haben [sic!] und die MTS unterstützen könnte.

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Über die Note der UdSSR an die Westmächte wird aus Gera berichtet, dass Angestellte des Krankenhauses in Stadtroda (ca. 30 Personen) übereinstimmend zum Ausdruck brachten, dass die Einheit Deutschlands nur durch den Sturz der Adenauer-Regierung möglich sei, da diese immer wieder den konkreten Vorschlägen der SU auszuweichen versucht.

Über die Entlassung ehemaliger verurteilter Kriegsgefangener aus der UdSSR⁶ diskutiert ein Teil der Bevölkerung in den Bezirken Leipzig, Schwerin, Cottbus und Gera positiv. So wird die Entlassung dieser Personen als eine großzügige Maßnahme der SU bezeichnet. Ein Heizer aus Schwerin erklärte z. B.: »Die Entlassung der Kriegsgefangenen, welche Kriegsverbrechen begangen haben, zeigt klar und deutlich die Großzügigkeit der SU, aber auch die Stärke derselben.«

Ein Arbeiter aus Cottbus: »Ich bin erstaunt über die Großzügigkeit der SU, die trotz der großen Verbrechen, die die Faschisten in der UdSSR begangen haben, trotz des großen Leids, dass sie den Bürgern der UdSSR zugefügt haben, die Kriegsverbrecher entlässt.«

Ein anderer Teil der Bevölkerung spricht nur von Kriegsgefangenen, nicht aber von Kriegsverbrechern. Ein Mitglied der LPG/Schwerin äußerte: »Vor einigen Tagen hörte ich den NWDR, die Kriegsgefangenen, die jetzt nach längerer Trennung zu ihren Familien zurückkehren, können einem leidtun. Wenn man hört, wie es ihnen in den vielen Jahren ergangen ist, unter welchen Bedingungen sie gelebt haben, so kann man es fast nicht glauben, das ist ja unmenschlich.« Ein Angestellter der VEAB aus Gera: »Es ist traurig, dass man Kriegsgefangene erst jetzt entlässt.«

In diesem Zusammenhang werden Stimmen laut, wo verlangt wird, Listen mit Namen derjenigen zu veröffentlichen, die sich noch in der SU befinden. So sagt z. B. eine Angestellte aus Cottbus: »Alle, die schon seit dem Kriege keine Nachricht von ihren Angehörigen haben, machen sich nun neue Hoffnungen. Man müsste die Namen bekannt geben, von den Personen, die noch dort sind. Dadurch würden sich viele nicht falschen Hoffnungen hingeben und würden sich eher abfinden.« Eine Frau aus Leipzig: »Jetzt kann ich auch hoffen, dass mein Mann zurückkommt. Ich glaube an die Todesnachricht nicht.« Zu den negativen Diskussionen muss bemerkt werden, dass diese im Wesentlichen auf feindlichen Einfluss (RIAS, NWDR und dgl.) zurückzuführen sind.

In den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Dresden, Halle und Magdeburg wird stark über die verstärkt durchgeführten Stromabschaltungen diskutiert und im negativen Sinne mit dem neuen Kurs von Partei und Regierung in Verbindung gebracht.⁷

Aus Magdeburg und Karl-Marx-Stadt wird berichtet, dass die Kartoffeltransporte unzureichend sind und die Wintereinkellerung nur schleppend durchgeführt werden kann. Die Bevölkerung äußert Unzufriedenheit und fürchtet, die Kartoffeln vor dem Eintreten des Frostes nicht zu erhalten.

Organisierte Feindtätigkeit

Flugblätter und Postwurfsendungen vereinzelt in den Bezirken Cottbus, Dresden, Neubrandenburg, Karl-Marx-Stadt, Suhl, Erfurt, Potsdam und Gera, stärker in den Bezirken Frankfurt und Halle. Die meisten stammen von der NTS.⁸ Bisher weniger bekannt waren Flugblätter, die vom »Rat freier deutscher Arbeiter und Bauern in der Sowjetischen Besatzungszone« herausgegeben wurden (in Cottbus gefunden), Postwurfsendungen einer »Kampfgruppe zur Befreiung der Ostzone« (in Zeitz gefunden) und Flugblätter der KGU,⁹ die »Offiziere und Unteroffiziere des SSD warnen« (im Bezirk Dresden gefunden).

Einer Meldung der westdeutschen Zeitung »Die Welt« zufolge hat das evangelische Hilfswerk in Stuttgart seine Gläubigen aufgefordert, mehr Päckchen in die DDR zu schicken, weil bei uns »Die Ernährungslage nach wie vor kritisch« sei.¹⁰

In letzter Zeit wurde in Berlin-Köpenick wiederholt festgestellt, dass Westberliner Facharbeiter, die im demokratischen Sektor arbeiten, nach drüben gelockt werden. Dabei wird häufig mit dem Ausschluss vom Geldumtausch gedroht.

Am 5.10.1953, zwischen 3 und 4 Uhr morgens, wurden der VPKA-Leiter des VPKA Teterow, Kommissar Müller, und der K-Leiter, Kommissar Strunz, in der Nähe des Ortes Schorssow,¹¹ Kreis Teterow, von sechs bis sieben Personen tötlich angegriffen. Beide sind leicht verletzt.

Einschätzung der Situation

Die Stimmung der Werktätigen zu politischen Fragen lässt noch keine wesentlichen Fortschritte erkennen. Die Tendenz des Abwartens hält weiterhin an. Bei guter Aufklärung zeigt sich wachsendes Verständnis und Zustimmung zur Note der SU. Beträchtliche Teile der Werktätigen bilden ihre Meinung aufgrund der Hetze der Westsender.

1

Über die Einberufung von Außenministerkonferenzen zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen und zur Lösung der Deutschlandfrage. Note der Regierung der UdSSR vom 28.9.1953 an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA als Erwiderung auf deren Note vom 2.9.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 354–371.

2

Die Rede wurde in großen Teilen unter dem Titel »Der große Aufschwung der Volkswirtschaft im Fünfjahrplan. Aus dem Referat von Walter Ulbricht auf der 16. Tagung des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 17. September 1953« im SED-Zentralorgan publiziert. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 20.9.1953, S. 3–5, und v. 22.9.1953, S. 3 f. Ulbricht kündigte darin das Ende der Rationierung von Waren und eine Senkung der Preise für das Jahr 1954 an.

3

Hintergrund ist die entschädigungslose Übergabe der Betriebe, die sich noch in sowjetischem Eigentum befanden und somit die Rechtsform einer Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) hatten, in das Eigentum der DDR zum 1.1.1954. Das galt nicht für die SAG Wismut, die, ebenfalls zum 1.1.1954, als paritätische Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) neu gegründet wurde. Grundlage: Abkommen zwischen den Regierungen der UdSSR und der DDR über die Gründung der SDAG Wismut vom 22.8.1953. In: Boch, Rudolf; Karlsch, Rainer (Hg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Berlin 2011, Bd. 2: Dokumente, S. 194–198.

4

Ein monatlicher bezahlter arbeitsfreier Tag stand lediglich voll berufstätigen Frauen zu, wenn der Ehemann voll beschäftigt, krank oder dauernd arbeitsunfähig war bzw. wenn Kinder oder arbeitende bzw. in Ausbildung stehende Jugendliche unter 16 Jahren oder pflegebedürftige Angehörige zum Haushalt gehörten. Vgl. § 34 der Verordnung über die Wahrung der Rechte der Werktätigen und über die Regelung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten vom 20.5.1952 (GBl. 1952, S. 377–383, hier 383). Allgemein siehe Sachse, Carola: Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994. Göttingen 2004, S. 49–100.

5

Im Original »Warzow«. Warsow gehörte zum Kreis Nauen, Bezirk Potsdam.

6

Am 25.9.1953 war der erste Kriegsgefangenentransport aus der Sowjetunion seit 1951 in der DDR eingetroffen. Vgl. Information Nr. 1078 v. 26.9.1953. Die Freilassungen basierten auf Vereinbarungen des sowjetisch-deutschen Kommuniqués vom 23.8.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 345–350, hier 247 f.

7

Der DDR-Ministerrat hatte am 25.6.1953 im Rahmen der Politik des »Neuen Kurses« angekündigt, dass die Stromabschaltungen zum 1.7.1953 eingestellt würden. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 26.6.1953, S. 1.

8

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

9

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

10

Vgl. »Mehr Päckchen nötig«. In: Die Welt v. 5.10.1953, S. 3.

11

Im Original »Schozow«. Schorssow war damals ein Ortsteil der Gemeinde Bülow am Malchiner See.

